

— WISSENSTRANSFER-NOTIZ NR. 1

# Just Transition – Für einen gerechten Strukturwandel in der Schweiz

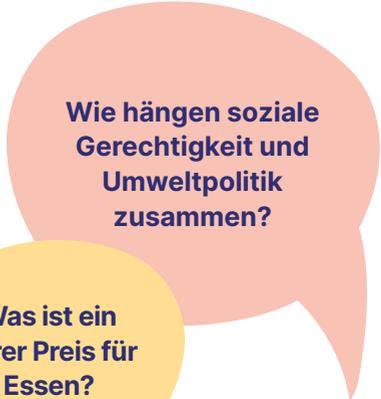
## Einführung und Definition eines Ansatzes



Was ist Just Transition?



Wer bezahlt für die energieeffizient Sanierung von Gebäuden?



Wie hängen soziale Gerechtigkeit und Umweltpolitik zusammen?



Was ist ein fairer Preis für Essen?



# In Kürze

- **Umweltprobleme werfen unweigerlich Gerechtigkeitsfragen auf, denn die Ausgangslage von Personen(-gruppen) unterscheidet sich** je nach wirtschaftlicher Situation, Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand etc. Daher wirken sich auch Umweltprobleme und -massnahmen je nachdem anders auf sie aus.
- **Die schweizerische Umweltpolitik klammert Fragen der sozialen Gerechtigkeit weitgehend aus.** Sie beschränkt sich auf die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Massnahmen (oft «Sozialverträglichkeit» genannt). Dies widerspiegelt einen technokratischen top-down Ansatz, der Konflikte reduziert, nachdem Entscheide bereits getroffen wurden. Jüngste Beispiele haben aber gezeigt, dass sich die Menschen teilweise stark gegen diese Art der Politikgestaltung wehren.
- Damit die Schweiz ihre Umweltziele erreichen kann, muss ein ehrgeizigerer Weg eingeschlagen werden. **Die soziale Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt der Umweltpolitik stehen**, um eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten und mögliche (politische) Stillstände zu vermeiden. Just Transition (hier auch «gerechter Strukturwandel») bietet einen solchen vielversprechenden Weg.

- **Just Transition beschreibt einen transformativen Prozess hin zu einem menschenwürdigen Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen**, der soziale und partizipative Rechte in den Mittelpunkt von Umweltpolitik stellt.
- Zentral für unseren Ansatz für einen gerechten Strukturwandel ist das Bestreben, sowohl **Umweltrisiken** (d. h. potenzielle negative Folgen von Umweltproblemen) als auch **Transformationsrisiken** (d. h. potenzielle Zunahme sozialer Ungerechtigkeiten aufgrund von Umweltmassnahmen) zu **identifizieren, zu bewerten und zu reduzieren**.
- Um Just Transition-Massnahmen für den Schweizer Kontext zu entwickeln, **müssen die wichtigsten Risiken sowie spezifische Merkmale von Schweizer Institutionen und der aktuellen Umweltpolitik berücksichtigt werden**. Einige dieser Elemente werden in dieser Notiz skizziert.
- **Um einen gerechten Strukturwandel umzusetzen, braucht es auch praktische Instrumente, an denen sich politische Entscheide orientieren können.** In einem ersten Schritt sollten bestehende und neue politische Massnahmen auf der Grundlage eines integrativen Ansatzes analysiert werden. So können soziale und ökologische Ziele miteinander gedacht werden. Die zentralen Bausteine eines gerechten Strukturwandels in der Schweiz werden in dieser Notiz präsentiert.

## Einen Strukturwandel ohne Menschen?

Die Klimastrategie der Schweiz zielt darauf ab, die Netto-Treibhausgasemissionen (THG) bis 2050 auf Null zu reduzieren. Um dieses und andere Umweltziele zu erreichen, ist ein tiefgreifender Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Leben aller Menschen prägen, notwendig.

Obwohl diese Transformationsprozesse erst begonnen haben, werden sie bereits in Frage gestellt. (Widersprüchliche) Regierungsvorhaben sowie Volksinitiativen, die von breit angelegten Strategien bis hin zu sektoralen Massnahmen reichen, zeigen die Spannungen zwischen sozialen und ökologischen Fragen klar auf. Die umstrittene Legitimität dieser Massnahmen, führt zu Verzögerungen, unambitioniertem Handeln oder sogar zu Stillständen.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich ein wiederkehrendes Problem: das fehlende Bewusstsein für soziale Gerechtigkeitsfragen. Hingegen macht der Ansatz von Just Transition (hier auch gerechter Strukturwandel) deutlich, dass ein sozioökologischer Wandel ohne soziale Gerechtigkeit einfach nicht möglich ist. Anders ausgedrückt: Der Abbau sozialer Ungerechtigkeiten ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass Transformationsprozesse überhaupt möglich sind.

### Zusammenspiel sozialer und ökologischer Dimensionen

Eine Just Transition erfordert ein Bewusstsein dafür, dass Umwelt- und Sozialfragen auf komplexe und dynamische Weise miteinander verknüpft sind. Jüngste oder bevorstehende Abstimmungen in der Schweiz illustrieren dies.

In den letzten Jahren wurden Initiativen mit verschiedenen Umweltzielen vorgeschlagen wie etwa zur Schonung der natürlichen Ressourcen, Minderung der THG-Emissionen, Begrenzung der Umweltverschmutzung, Schutz der Biodiversität oder zur Berücksichtigung der planetaren Grenzen als Leitplanken für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die meisten dieser Vorschläge wurden zwar abgelehnt. Doch ihre Umsetzung hätte erhebliche sozioökonomische Auswirkungen gehabt, die mehr oder weniger explizit formuliert waren. Sie umfassten grosse Veränderungen in der Art und Weise, wie Lebensmittel produziert und konsumiert werden, wie Mobilität organisiert wird, wie Häuser gebaut, wie die wirtschaftliche Entwicklung gesteuert wird, wie das Bevölkerungswachstum und Migration kontrolliert werden usw.

Werden die sozioökonomischen Auswirkungen nicht berücksichtigt, so bergen diese Veränderungen ein grosses Risiko, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu verschärfen. Das zeigt sich exemplarisch bei städtischen Initiativen zu energetischen Sanierungen von Gebäuden. Dabei stellen sich grundlegende Fragen wie etwa darüber, wie Mieter:innen während und nach einer Renovation geschützt werden, wer dafür bezahlt, wie schnell die Renovation durchgeführt wird, wie ehrgeizig die Ziele sind, wie qualifizierte Arbeitskräfte ausgebildet werden können usw.

Es liessen sich noch zahlreiche weitere Beispiele nennen, etwa in den Bereichen Wasserversorgung, Landwirtschaft und Ernährungssysteme, nachhaltige Produktions- und Konsummuster, Raumplanung, erneuerbare Energien usw. In all diesen Bereichen wirken verschiedene soziale Dimensionen dynamisch und wechselseitig mit den dringend erforderlichen Umweltmassnahmen zusammen.

## Umweltungerechtigkeiten in der Schweiz

Auffallend ist, wie die Schweizer Umweltpolitik für Fragen der sozialen Gerechtigkeit blind ist. Die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik beschränkt sich auf wenige Hinweise auf deren „Sozialverträglichkeit“ (siehe den Fokus auf die Schweiz). Die Idee von Sozialverträglichkeit offenbart ein abstraktes und eingeschränktes Verständnis der zahlreichen Umweltungleichheiten, die existieren. Umweltfragen werfen unweigerlich Gerechtigkeitsfragen auf. Denn je nach geografischer Lage (z. B. städtisch oder ländlich), wirtschaftlicher Situation, Geschlecht usw., ist die Ausgangslage von Personen(-gruppen) in Bezug auf Umweltprobleme und -politiken unterschiedlich. Zum Beispiel:

- Sozial benachteiligte und vulnerable Gruppen tragen relativ wenig zur Umweltzerstörung bei, sind jedoch stärker von Umweltverschmutzung, Umweltrisiken und einer zerstörten Umwelt betroffen.

- Sozial benachteiligte und vulnerable Gruppen sind den Auswirkungen von Umweltmassnahmen verhältnismässig stärker ausgesetzt, doch ihre Stimmen werden bei deren Entwicklung weniger gehört.

Diese grob skizzierten Ungleichheiten sind jedoch noch wenig bekannt und müssen in der Schweiz noch genauer identifiziert und bewertet werden, da es keine solide und systematische Forschung dazu gibt.

## Alternativen zu anreiz- und verhaltensbasierten Ansätzen

Bisher zielen die meisten Ansätze für sozioökologischen Wandel lediglich darauf ab, die richtigen (negativen) Anreize zu schaffen, das Bewusstsein zu schärfen oder neue Verpflichtungen durchzusetzen, statt Ungleichheiten zu verringern. Diese „Sozialverträglichkeits-Ansätze« sind oft technokratisch, top-down und konzentrieren sich auf die Reduzierung von Konflikten, nachdem wichtige Entscheide bereits getroffen wurden. Man könnte sie als „a-soziale“ Ansätze bezeichnen. Denn sie konzentrieren sich hauptsächlich auf individuelle Verhaltensänderungen, statt den Einfluss von Faktoren wie Identität und kognitive Modelle, Ungleichheiten in den sozialen Beziehungen, sowie bereits existierende Infrastrukturen auf das menschliche Verhalten zu berücksichtigen.

Dementsprechend sehen sich Menschen mit normativen oder regulatorischen Forderungen zur Verhaltensänderung konfrontiert, ohne dass sich hinderliche Rahmenbedingungen massgeblich verändern. Um den sozioökologischen Wandel herbeizuführen, müssen diese Aspekte berücksichtigt werden und er muss zusammen mit den betroffenen Menschen gestaltet werden. Ein Perspektivwechsel ist daher dringend erforderlich. Angesichts wachsender Ungleichheiten, des Klimawandels und anderer Umweltprobleme kann die Just Transition einen Weg zu dieser notwendigen Transformation bieten.

## Just Transition: Unser Ansatz

Der Begriff „Just Transition“ wurde ursprünglich in den 1980er Jahren von der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung geprägt und ist heute weit verbreitet. Er ist beispielsweise im Übereinkommen von Paris von 2015 enthalten, wurde von verschiedenen internationalen Organisationen aufgegriffen und wird in mehreren Ländern und Regionen politisch umgesetzt.

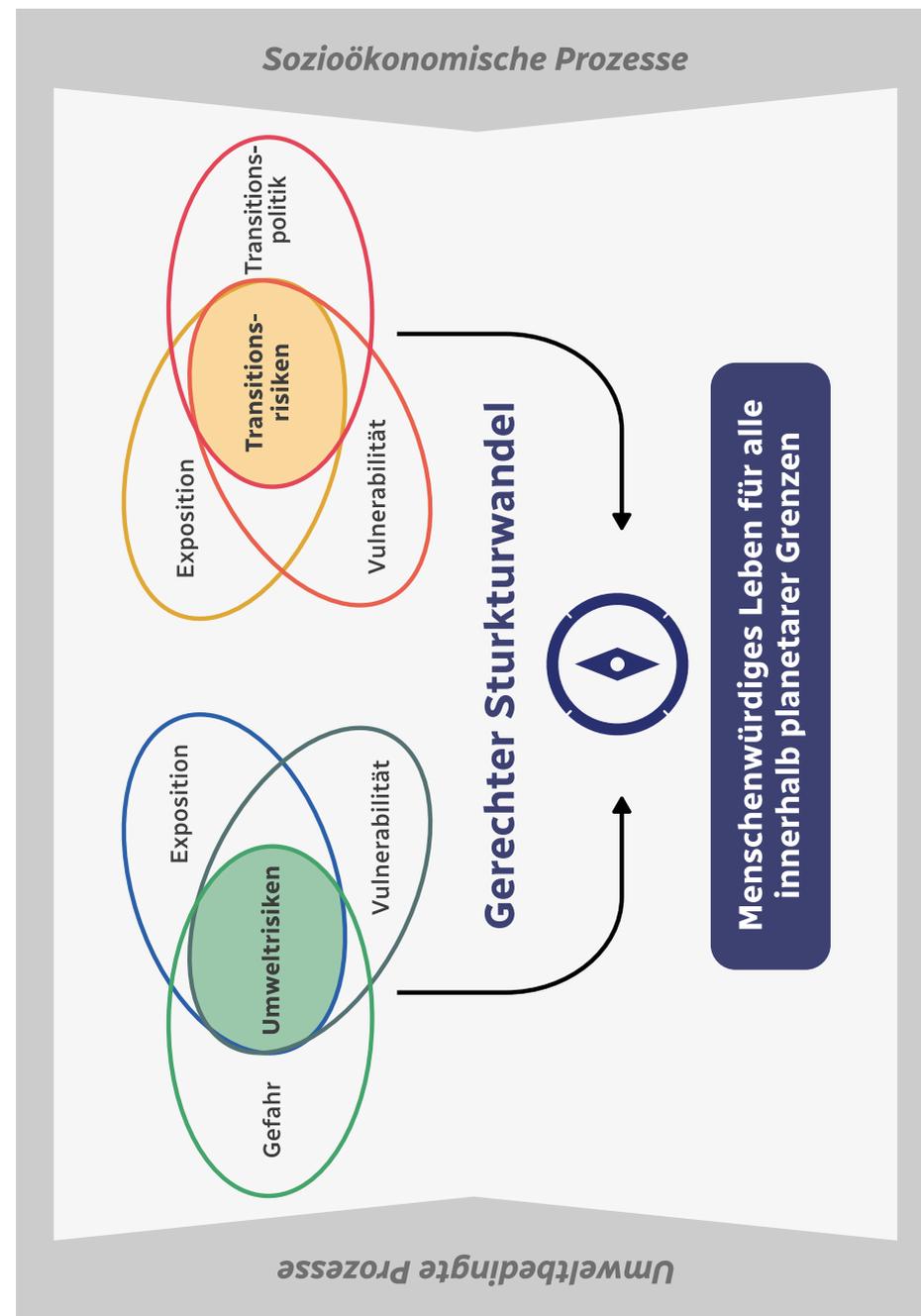
Die Idee der Just Transition kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden, die jeweils auf unterschiedlichen normativen und politischen Visionen basieren. Während sich die EU beispielsweise auf die fossile Brennstoffindustrie und deren Arbeiter:innen konzentriert, gehen andere Ansätze über diesen Fokus hinaus, indem sie andere Branchen, (benachteiligte) Gruppen usw. miteinbeziehen.

Für die Schweiz, ein Land ohne eigene fossile Brennstoffindustrie, in dem aber viele Wirtschaftszweige stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind, ist dieser breitere Fokus relevant. Just Transition sollte schlussendlich in jeder Region, Gemeinde oder Branche zum Tragen kommen, die einen sozioökologischen Wandel durchläuft und dementsprechend mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit konfrontiert ist.

### Ein Fokus auf Transformationsrisiken

Ausgangspunkt unseres Ansatzes für einen gerechten Strukturwandel in der Schweiz ist die Idee von Risiken als potenzielle negative Auswirkungen auf etwas, das wir wertschätzen: Menschen, Ökosysteme, Vermögenswerte usw. Eine Analyse der Schweizer Politik zeigt, dass Umweltrisiken (siehe Abbildung), d. h. die negativen Folgen beispielsweise einer fehlenden Reduktion von THG-Emissionen, im Allgemeinen gut dokumentiert sind. **Umweltrisiken** sind biophysikalische Risiken, die durch deren fehlende Bekämpfung entstehen. Sie hängen nicht nur von der Intensität einer Naturkatastrophe wie einer Überschwemmung (Gefährdung) ab, sondern auch davon, wie viele Menschen und Güter in einem bestimmten Gebiet betroffen sind (Exposition) und wie die Gesellschaft und die Menschen in der Lage sind, auf dieses bestimmte Ereignis zu reagieren (Vulnerabilität).

Doch ist es unzureichend, lediglich die Umweltrisiken anzuschauen. Zusätzlich müssen auch die negativen Konsequenzen von Umweltmassnahmen (bspw. zur Reduktion von THG-Emissionen) berücksichtigt werden. Wir bezeichnen diese letztgenannten Risiken **Transformationsrisiken**, d. h. das Risiko, dass soziale Ungleichheiten wegen Umweltmassnahmen zunehmen. Diese Risiken ergeben sich aus der Ausgestaltung von Umweltpolitiken sowie der Exposition und der Vulnerabilität gewisser Bevölkerungsgruppen gegenüber diesen Politiken (siehe auch Abbildung).



Unser Ansatz berücksichtigt sowohl Umwelt- als auch Transformationsrisiken. Die Beziehung zwischen beiden Typen von Risiken ist komplex und nur teilweise wechselseitig. Unser Ansatz zielt zudem darauf ab, dass Transformationsrisiken nicht zur Rechtfertigung für Untätigkeit in Bezug auf Umwelttrisiken gebraucht wird. Er erkennt auch an, dass die Reduktion von Transformationsrisiken eine notwendige, aber nicht

ausreichende Voraussetzung für die Reduktion von Umwelttrisiken ist. Es ist die gleichzeitige Berücksichtigung von Umwelt- und Transformationsrisiken die einen gerechten Strukturwandel ermöglicht. D.h. es handelt sich um einen transformativen Prozess hin zu einem menschenwürdigen Leben für alle innerhalb der planetaren Grenzen und geleitet durch Gerechtigkeitsprinzipien (siehe diese Prinzipien unten).

### Gerechtigkeitsprinzipien

- **Verteilungsgerechtigkeit:** Gewährleistung einer gerechten Verteilung von Lasten (bspw. Nachteile aufgrund von Umweltmassnahmen) und Vorteilen (bspw. Zugang zu natürlichen Ressourcen) für alle.
- **Verfahrensgerechtigkeit:** Gewährleistung fairer und transparenter Entscheidungsprozesse und -verfahren sowie einer sinnvollen Beteiligung (Partizipation) aller betroffenen Akteur:innen sowohl bei der Entwicklung als auch bei der Umsetzung von Massnahmen.
- **Anerkennungsgerechtigkeit:** Anerkennung der vielfältigen Bedürfnisse, Werte, Identitäten und Perspektiven aller Menschen und Gruppen, mit besonderem Augenmerk auf marginalisierte oder gefährdete Gruppen, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten.
- **Internationale Gerechtigkeit:** Reduktion der negativen Konsequenzen eines sozioökologischen Wandels auf andere Weltregionen, wie etwa die Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen. Dazu gehört auch die Anerkennung, dass weltweit nicht alle Regionen über die Jahre gleich stark zu Umweltproblemen beigetragen haben.

### Die drei Ziele eines gerechten Strukturwandels

Ausgehend von dieser umfassenden Definition von Risiken sollte der gerechte Strukturwandel auf drei Ziele ausgerichtet sein: die Identifizierung, Bewertung und Verringerung von Umwelt- und Transformationsrisiken. Das heisst, zunächst müssen die Transformationsrisiken sichtbar gemacht werden. Dann muss bewertet werden, wie verschiedene Personengruppen unterschiedlich von Umweltmassnahmen betroffen sind. Somit soll die soziale Blindheit dieser Massnahmen reduziert werden. Darüber hinaus müssen potenzielle Konflikte identifiziert und gemeinsam ein fairer Rahmen für den Umgang mit Umwelttrisiken festgelegt

werden. Schliesslich bedeutet dies, dass soziale Ungleichheiten so weit wie möglich abgebaut werden müssen. Dies betrifft sowohl bestehende Ungleichheiten als auch solche, die durch neue Umweltmassnahmen entstehen. Dabei helfen Präventionsmassnahmen, die das Risiko verringern, dass Einzelpersonen, Haushalte und Gruppen (noch stärker) sozial benachteiligt werden, sowie unterstützende Massnahmen, die den Zugang zu Grundbedürfnissen und sozialen Rechten sicherstellen. In diesem Sinne soll der gerechte Strukturwandel als Kompass, Schiedsrichter und Schutzschild in der Begleitung eines sozioökologischen Wandels dienen. Dies führt zu folgender Definition von gerechtem Strukturwandel:

Definition von Just Transition («gerechter Strukturwandel»)

“ *Just Transition ist ein transformativer Prozess hin zu einem menschenwürdigen Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen, geleitet durch Gerechtigkeitsprinzipien. Dieser Prozess zielt darauf ab, Umwelt- und Transformationsrisiken so weit wie möglich zu identifizieren, zu bewerten und zu reduzieren, und stellt soziale und partizipative Rechte ins Zentrum von Umweltpolitiken.* ”

## Fokus Schweiz

Es gilt zu berücksichtigen, dass Massnahmen und Politiken für einen gerechten Strukturwandel immer in einem bestimmten geografischen und institutionellen Kontext umgesetzt werden. In diesem Sinne werden hier einige Elemente des Schweizer Kontextes kurz skizziert. Diese werden auch im Rahmen dieses Projekts berücksichtigt.

Die Schweiz ist ein wohlhabendes Land mit einem hohen durchschnittlichen Konsumniveau. Dies spiegelt sich beispielsweise in dem hohen Ressourcenverbrauch pro Kopf und den hohen THG-Emissionen wider. Das Land verfügt nur über wenige natürliche Ressourcen, weshalb die Umweltbelastung grösstenteils im Ausland durch die Produktion von Gütern und deren Transport verursacht wird (Material- und CO<sub>2</sub>-Fussabdruck). Insgesamt gehört die Schweiz zu den Ländern mit einer der höchsten Umweltbelastung pro Kopf.

Die Schweiz ist für Umwelt- und Transformationsrisiken anfällig. Störungen in einer Vielzahl von Sektoren sind vorhersehbar. Dazu zählen: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tourismus, chemische und pharmazeutische Industrie und Luftverkehr. Auch betroffen sind Banken, Versicherungen, Pensionsfonds usw., deren finanzielle Leistung von Investitionen in THG-emittierende Aktivitäten oder in Aktivitäten, die von klimabedingten Gefahren betroffen sind, abhängen.

Um diese Risiken zu bewältigen und zu reduzieren, ist die Schweiz nach wie vor schlecht aufgestellt. Die langfristige Klimastrategie der Schweiz von 2021 besagt in ihrem siebten Grundsatz: *«Der Bund stellt zusammen mit den Sozialpartnern, den Kantonen und den Gemeinden sicher, dass der Übergang in Richtung Netto-Null-Ziel sozialverträglich erfolgt. Finanzielle Zusatzbelastungen für einkommensschwache Haushalte oder bestimmte Regionen werden vermieden oder mit geeigneten Abfederungsmechanismen aufgefangen.»*

In den Umsetzungstexten dieser Strategie (CO<sub>2</sub>-Gesetz, Klima- und Innovationsgesetz) wird die Sozialverträglichkeit jedoch lediglich erwähnt, ohne geeignete Umsetzungsmechanismen oder finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

In diesen Texten sowie der Nachhaltigkeitsstrategie und den Aktionsplänen des Bundes für 2030 werden die Transformationsrisiken unzureichend identifiziert und soziale und ökologische Fragen getrennt voneinander diskutiert. Aufgrund einer fehlerhaften Diagnose beschränken sich die Ambitionen meist auf die Internalisierung externer Kosten (z. B. Steuern auf Treibhausgasemissionen), die Beseitigung widersprüchlicher Anreize und eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung. Dies widerspiegelt den oben diskutierten anreiz- und verhaltensbasierten Ansatz.

Die Schweiz ist für Umwelt- und Transformationsrisiken anfällig. Störungen in einer Vielzahl von Sektoren sind vorhersehbar.

Der institutionelle Kontext, indem diese Umweltpolitiken konsolidiert werden, muss bei der Definition von Just Transition-Massnahmen, der relevanten Umsetzungspartnern sowie Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Merkmale dieses Kontexts sind beispielsweise:

- Der Schweizer Föderalismus und sein Subsidiaritätsprinzip, das den Kantonen und Gemeinden eine weitgehende Autonomie einräumt.
- Die Instrumente der direkten Demokratie, welche die Wahrscheinlichkeit einer Verabschiedung von Massnahmen beeinflussen und mit Instrumenten der partizipativen Demokratie in Einklang gebracht werden müssen.

— Die Ausgestaltung der Sozialpartnerschaft und des trilateralen Dialogs zwischen Behörden, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Insbesondere der dezentrale, konsensorientierte und liberal-konservative Charakter dieser Partnerschaft, der den Partnern eine grosse Autonomie bei der Festlegung von Arbeitsbedingungen und Löhnen lässt.

— Die Organisation des Schweizer Wohlfahrtsstaates, der auf individueller Verantwortung, dem Subsidiaritätsprinzip und auf privaten als auch öffentlichen Institutionen für die Gewährleistung der sozialen Sicherheit beruht. Dieses System basiert weitgehend auf traditionellen Familienmodellen und Vollzeitbeschäftigung. Dementsprechend hinkt das System bei der Integration von jüngsten Veränderungen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt hinterher.

# Just Transition umsetzen

Um Transformationsrisiken zu identifizieren, zu bewerten und zu reduzieren, stellen sich für öffentliche und private Akteur:innen bei der Umsetzung von Umweltmassnahmen und -politiken eine Reihe von praktischen Fragen. Ziel dieses Projekts ist es, einen Ansatz für einen gerechten Strukturwandel zu entwickeln, der Antworten auf diese Fragen bietet. Einige der Bausteine dieses Ansatzes sind in der untenstehenden Abbildung dargestellt.

Der Ansatz zielt darauf ab, eine integrative Perspektive für die Weiterentwicklung von Massnahmen und Politiken einzunehmen, indem:

- Massnahmen, die bereits Synergien zwischen sozialen und ökologischen Zielen nutzen, skaliert werden (z. B. Ausweitung von Unterstützungsmassnahmen für eine faire und ökologische Gebäudesanierung).

- soziale Belangen in umweltpolitischen Massnahmen integriert werden (z. B. faire Bedingungen für alle Akteur:innen in einem Glas-Mehrwegsystem).

- Ökologische Belangen in sozialpolitische Massnahmen integriert werden (z. B. Ausweitung von Entschädigungssystemen auf Einkommensverluste im Falle einer Naturkatastrophe).

## Konzeptueller Rahmen für einen gerechten Strukturwandel in der Schweiz



Konzeptuelle Basis und Definition

Umsetzungsmethoden

Politiken für eine Just Transition

JT Scoreboard für einen sozioökologischen Wandel

Just Transition Narrative

### Massnahmen für einen gerechten Strukturwandel

Dank der oben beschriebenen integrativen Logik kann eine Reihe von Massnahmen oder Politiken für einen gerechten Strukturwandel entwickelt werden. So können beispielsweise bestehende sozialpolitische Massnahmen zur Linderung von Armut und sozialer Ausgrenzung die Umwelt- und Transformationsrisiken mitberücksichtigen. Dies allein kann dann zu einer Vielzahl neuer Massnahmen führen wie etwa: die Gewährleistung sicherer Arbeitsbedingungen während Hitzewellen, (Um-)schulungsprogramme und Kompensation von Einkommensverlusten bei Umstrukturierungen und Schocks in gewissen Wirtschaftssektoren, Gewährleistung des Rechts auf Nahrung oder Wasser beispielsweise dank einer Sozialversicherung für Nahrung oder einer stratifizierten Wasserpreisgestaltung usw.

Um diese Massnahmen und Politiken zu entwickeln, sollte man jedoch die Transformationsrisiken besser kennen. Dabei hilft ein Scoreboard mit Fragen und Kriterien für den sozioökologischen Wandel (siehe Abbildung vorher). Solch ein Instrument kann Entscheidungsträger:innen bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung ihrer Massnahmen und Politiken unterstützen, diese Risiken zu erkennen und zu bewerten. Dieses Scoreboard kann sowohl als erste Checkliste bei der Ausgestaltung als auch nach der

Umsetzung der Massnahme verwendet werden. Die Fragen und Kriterien sind nach Gerechtigkeitsprinzipien (Verteilungsgerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit, Anerkennungsgerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit) geordnet und sollen Entscheidungsträger:innen dabei helfen, soziale und ökologische Fragen zusammenzudenken, was sonst möglicherweise ausser Acht gelassen würde werde.

### Nächste Schritte?

Diese Wissenstransfer-Notiz legt den konzeptuellen Rahmen fest, um die Idee des gerechten Strukturwandels in den Schweizer Kontext zu übersetzen und Kernkonzepte zu definieren. In nächsten Schritt dieses Projektes wird dieser konzeptionelle Rahmen Schweizer Interessenvertreter:innen präsentiert und mit ihnen diskutiert. Es werden auch Umsetzungsmethoden und -instrumente sowie überzeugende Narrative entwickelt. Der Rahmen wird dann getestet und durch die Entwicklung von zwei Prototypen oder Pilotprojekten in der Schweiz an spezifische Prozesse angepasst.

Das Projektteam steht zur Verfügung, um die Umsetzung von Massnahmen und Politiken für einen gerechten Strukturwandel in der Schweiz zu unterstützen und zu begleiten. Bitte kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

# Über uns

---

## Über das Projekt

*JT - pour une Transition Juste en Suisse/ Für einen gerechten Strukturwandel in der Schweiz* ist ein dreijähriges Projekt (2024-2027), welches finanziell durch die Mercator Stiftung Schweiz unterstützt wird. Das Projekt zielt darauf ab, den Weg für einen gerechten Strukturwandel in der Schweiz zu ebnen und Gerechtigkeit in den sozioökologischen Wandel zu integrieren, um diesen fairer und breiter akzeptiert zu gestalten. Dieser Beitrag wurde in der ersten Phase des Projekts erstellt. In einer zweiten Phase werden vielfältige Akteur:innen für einen gerechten Strukturwandel in der Schweiz einbezogen. In der dritten Phase werden gemeinsam mit Partnern Prototypen für einen gerechten Strukturwandel entwickelt.

## Über uns

Durabilitas ist ein gemeinnütziger Think & Do Tank, der sich für die sozial-ökologische Transformation der Schweiz einsetzt. Die Organisation konzentriert sich auf die Themen gerechter Strukturwandel, Kreislaufwirtschaft und gesunde Böden.

### Autor:innen:

#### **Dr. Nils Moussu**

Programmverantwortlicher Just Transition

#### **Dr. Johanna Huber**

Projektleiterin Just Transition

Finden Sie die letzten News von Durabilitas und die Anmeldung für unsere Newsletter auf unserer Website:

